

---

## **Stellungnahme der Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration**

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Staatssicherheit reagierte mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilnehmen wollten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen. Trotz aller Maßnahmen der Stasi gelang es Protestierenden jedoch am 17. Januar, in die Nähe des offiziellen Demonstrationzuges zu kommen und ihre Transparente zu entrollen.

Nach der darauf folgenden Verhaftungswelle kam es zu landesweiten Solidaritätsbekundungen für die Inhaftierten. Die Petitionen und Aufrufe wurden meist in kirchlichen Räumen verfasst. Die für die Überwachung von Staatsapparat, Kirche und Untergrund zuständige HA XX sammelte vom 19. Januar bis zum 3. Februar 1988 220 Seiten Berichte zum Stand der Dinge und heftete dabei auch Schriftstücke der Bürgerrechtler und der Kirchenleitung ab.

---

**Signatur:** BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1650, Bl. 62-63

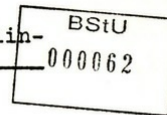
### **Metadaten**

Datum: 30.1.1988

**Stellungnahme der Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration**

Anlage

Stellungnahme der Kirchenleitung der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg



Vom 30. Januar 1988

Die Kirchenleitung hat am 30. Januar 1988 in Storkow/Mark Folgerungen aus den Ereignissen am 17. Januar in Berlin bedacht und gibt den Gemeinden hiermit den Stand ihrer Überlegungen bekannt:

1. Die Kirche bleibt nur dann Kirche, wenn sie bei ihrem Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott bleibt. Aus diesem Bekenntnis ergibt sich die Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit und für das Wohl der Gesellschaft und die in ihr lebenden Menschen.
2. Die Kirchenleitung hat sich von ihrem Auftrag her für Menschen einzusetzen, die aufgrund von Gewissensentscheidungen handelten und offer ihre Meinung äußerten. Sie tritt daher nach wie vor für die Freilassung der Inhaftierten ein und unterstützt ihre Angehörigen. Der Bischof bemüht sich weiterhin um Besuche bei den Inhaftierten.
3. Die Kirchenleitung kann die Aktivitäten am Rande der Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht gutheißen. Mitglieder der Kirchenleitung haben von einer Beteiligung abgeraten.
4. Die Kirchenleitung tritt dringend dafür ein, die laufenden Verfahren so abzuschließen, daß das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Land gefördert und positive Entwicklungen in der Gesellschaft nicht behindert werden. Das ist nach ihrer Auffassung nur durch volle Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel möglich. Die bestehende Rechtsordnung bietet nach Überzeugung der Kirchenleitung die Möglichkeit, zu gerechten und humanen Entscheidungen zu kommen.
5. Die Kirchenleitung ist der Überzeugung, daß die aus den Inhaftierungen entstandene Lage gemeinsam von allen Beteiligten bewältigt werden muß, damit Rückschläge in der gesellschaftlichen Entwicklung vermieden werden:

Die besonders Betroffenen bitten wir zu bedenken, ob ihr Vorgehen geeignet war, die Situation im Lande zu verbessern.

Die Kirche und ihre Gruppen werden darauf bedacht sein müssen, daß ihre Solidarität mit den inhaftierten Menschen nicht ihr Anliegen verdunkelt, gewaltlos, unprovokativ und dialogbereit das Zusammenleben in unserer Gesellschaft mitzugestalten.

Die Staatsführung und die Rechtspflegeorgane bitten wir, solche Entscheidungen zu treffen, die jetzt Vertrauen schaffen und Mitwirkungsbereitschaft fördern, um damit Resignation und Staatsverdrossenheit abzubauen.

Die politischen und journalistischen Beobachter außerhalb der DDR werden sich bei ihren Stellungnahmen fragen müssen, ob sie Unruhe herbeireden oder menschenfreundliche Veränderungen erleichtern wollen.

6.

**Stellungnahme der Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration**

BStU  
2 000063

6. Die Kirchenleitung sieht den Veränderungsprozeß, in dem auch die DDR steht. Dieser Prozeß braucht alle Menschen dieses Landes. Meinungsstreit und Toleranz müssen geübt, Beharrungstendenzen und Ungeduld müssen überwunden werden, damit gemeinsam das Beste für das Land und seine Menschen gefunden wird. Das ist kein kurzer Weg und auf ihm müssen unvermeidbare Spannungen ausgehalten werden.
7. Die Kirchenleitung sieht folgende unmittelbar anstehenden Aufgaben:
  - Kirchenleitung und Konsistorium werden alle Möglichkeiten nutzen zu informieren und ihre Überlegungen allen Beteiligten wirksam nahe zu bringen.
  - Der Bischof, der Generalsuperintendent von Berlin und das Konsistorium werden gebeten, die anstehenden Verfahren zu begleiten und die Anwälte zu unterstützen.
  - Bund Ev. Kirchen und Regierung der DDR werden dringend gebeten, die anstehenden Sachfragen anzugehen und zu konstruktiven Lösungen zu führen.

Storkow-Hirschluch, den 30. Januar 1988

